



Vertreibung in Kolumbien

Das kleine Dorf La Unión versucht sich mit einem strikten Waffenverbot und internationalen Beobachtern so gut es geht vor Gewalt von Militärs, Paramilitärs und Guerilla zu schützen.

Seite 3



Drei Könige für Kreuth

Was der CSU ihre alljährliche Klausur in Wildbad Kreuth, ist der FDP ihr Dreikönigstreffen in Stuttgart. Beide Veranstaltungen sind geprägt von ritueller Selbstvergewisserung.

Seite 6



Ruhr.2010

Kultur statt Kohle – das ist nur eine der Losungen für die Kulturhauptstadt 2010: »Glück auf!« gilt ab morgen der Gegend rund um die Ruhr. Über 300 Projekte umfasst das offizielle Programm.

Seite 15

Standpunkt

Desaströs

Von Olaf Standke

Der Präsident zeigte sich sichtbar verärgert, seine Strafpredigt für die US-amerikanischen Geheimdienste klang markig, doch Köpfe rollten trotz einer »höchst desaströsen« Pannenserie der Schlapphüte nicht. Und wie die angekündigte nächste Reform der viel kritisierten Dienste aussehen soll, bleibt auch nach dem Washingtoner Sicherheitsgipfel nebulös. So wie das weitere Vorgehen gegen die neueste Terroristen-Hochburg Jemen. Allerdings lässt eine Worthülle aus Bushs Zeiten nichts Gutes ahnen. Vom »Krieg gegen den Terror« sprachen jetzt auch die Nachfolger. Nicht zuletzt der wachsende Druck der Republikaner zeigt da wohl Wirkung.

Ein Symbol dieser verheerenden Strategie ist Guantanamo. Zum Jahrestag seiner Amtseinführung wollte Barack Obama das berüchtigte Lager zu den Akten gelegt haben, so eines der wichtigsten Wahlkampfversprechen. Der Beschluss, keine Häftlinge aus Jemen mehr in ihre Heimat zu überstellen, dürfte nun die ohnehin schon verschobene Schließung zusätzlich erschweren. Ihnen wie anderen droht im juristischen Niemandsland weiter die Gefangenschaft ohne rechtsstaatlichen Prozess. Und es bleibt verboten, strafrechtlich nicht zu belagende Guantanamo-Gefangene in die USA freizulassen. Das alles findet wie die jetzt verfügbaren diskriminierenden Kontrollverschärfungen nach nationaler Herkunft harsche Kritik bei Bürgerrechtlern. Ein Rückfall in die Bush-Ära könnte auch für Obama desaströse Folgen haben.

Unten links

Angeblüh't den Nacktscanner ja jetzt entschärft. Aller Frivolität entkleidet. Die Light-Version für den minderjährigen Sicherheitsbeamten. Man guckt hinein und sieht keine entblößten Menschen, sondern ein Schemen, eine Art Trickfilmfigur, so was wie Bugs Bunny, nur ohne Ohren. Nun boomt der Schwarzmarkt für die alte, scharfe Version. Und siehe da, das EU-Parlament bietet sechs Nacktscanner zum Verkauf. Nie benutzt, angeschafft 2002, der Prototyp ohne Kinderschutzfilter. Ein angedrohtes Attentat auf den Straßburger Weihnachtsmarkt hatte den letzten Ausschlag für die Anschaffung gegeben. Man darf also davon ausgehen, dass die Teile weihnachtsmann-tauglich sind. Weihnachtsmann rein, echt oder nicht, Weihnachtsmann raus – Handschellen her. Aufschneider wären dutzendweise aufgefliegen. In Kitas hätte man die Teile nicht einsetzen können, schon klar, wegen der Desillusionierungsgefahr. Aber warum kamen sie im Parlament nie zum Einsatz? uka

Wieder »Krieg gegen den Terror«

Barack Obama kehrt zur Bush-Rhetorik zurück und geißelt Pannen der USA-Geheimdienste

Von Max Böhnelt, New York

Nach dem nur knapp vereitelten Anschlag auf eine Passagiermaschine hat USA-Präsident Barack Obama die Geheimdienste des Landes in harschen Worten gerügt und rasche Reformen angekündigt. Er werde dieses Versagen »nicht dulden«, sagte er am Dienstagmittag (Ortszeit) nach einem Sicherheitsgipfel im Weißen Haus.

Mit scharfen Worten trat Barack Obama nach einem über zweistündigen Treffen mit Geheimdienstchefs der USA in Washington vor die Presse. Der gescheiterte Terroranschlag auf ein mit 278 Passagieren besetztes Flugzeug auf dem Weg nach Detroit am ersten Weihnachtsfeiertag hätte im Ansatz verhindert werden können, kritisierte der Präsident, der sichtlich ungehalten war. Es hätten ausreichend Informationen vorgelegen, doch hätten es die Geheimdienste nicht geschafft, Verknüpfungen zwischen ihnen herzustellen. Nicht beim Sammeln von Informationen hätten die Geheimdienstler versagt, sondern dabei, »sie zu verstehen«. Obama nannte allerdings keine der 16 »Agenturen« beim Namen und verzichtete auch darauf, personelle Veränderungen vorzunehmen. Aber er mahnte: »Wir müssen besser werden, und zwar schnell. Das Leben von US-Bürgern steht auf dem Spiel.«

Wenn ein mutmaßlicher Terrorist zu Weihnachten mit Sprengstoff in ein Flugzeug steigen könne, dann habe »das System auf höchst desaströse Weise versagt«, erklärte der Präsident. Die Behörden wussten demnach, dass der Nigerianer Omar Faruk Abdulmutallab in Jemen Kontakte zu Extremisten geknüpft hatte. Die Dienste hätten zudem Informationen besessen, dass das Terrornetzwerk Al Qaida neue Anschläge gegen die USA plante. Man habe gewusst, dass



Geheimdienst-Rapport im Weißen Haus

Foto: dpa

diese Gruppe mit einer ganz bestimmten Person zusammenarbeitete – jener, die dann in der Tat an der Weihnachtsattacke beteiligt gewesen sei, so Obama. Den ganzen Nachmittag über hatte sich der Präsident von seinen Geheimdienstchefs Berichte über eine Serie von Patzern angehört. Die Vorgeschichte, die zu dem nur um Haaresbreite gescheiterten Selbstmordanschlag führte, soll bis Ende dieser Woche veröffentlicht werden.

Die Obama-Regierung will bis auf Weiteres zudem keine Guantanamo-Häftlinge aus Jemen mehr in ihre Heimat überstellen. Präsidentensprecher Robert Gibbs benutzte bei dieser Ankündigung

erstmalig wieder den aus Bush-Zeiten stammenden und seit der Amtsübernahme Obamas verpönten Begriff »war on terror« (Krieg gegen den Terror). Trotzdem soll an der Absicht, Guantanamo zu schließen, festgehalten werden. Im vergangenen Jahr wurden 44 von 242 Insassen freigelassen oder überstellt. Von den verbliebenen 198 stammen 92 aus Jemen. Von diesen wiederum sollten demnächst 39 in das arabische Land zurückgeschickt werden.

US-amerikanische Menschenrechtsgruppen haben diese Regierungsentscheidung kritisiert. Es sei »ungerecht und nicht weise«, die Jemeniten weiter in Haft zu lassen, »nur weil sie aus einem be-

stimmten Land kommen«, sagte Ben Wizner von der Bürgerrechtsvereinigung ACLU. Damit werde »ein schändliches Kapitel in der amerikanischen Geschichte« verlängert.

Unterdessen schränkte ein Berufungsgericht in Washington die Rechte von Menschen, die nur als »terrorverdächtig« gelten, massiv ein. Danach können auch Personen, denen »Hilfsdienste« für Terroristen nachgewiesen werden, ohne zeitliche Beschränkung eingesperrt werden. Das Urteil, das am Dienstag verkündet wurde, bezieht sich auf Ghaleb Al-Bihani aus Jemen, der für eine Kampfbrigade der Taliban in Afghanistan als Koch fungierte. Seite 7

Bisky für Lafontaine und Bartsch

Parteichef kritisiert »Selbsterfleischung«

Berlin (ND). Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der LINKEN, hat angebliche Rücktrittsfordernungen von Vertretern westlicher Landesverbände zurückgewiesen. Er trete nicht zurück, erklärte er gegenüber ND am Mittwoch. In persönlichen Briefen an die Parteispitze hatten Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ihren Unmut über Bartsch geäußert und diesem illoyales Verhalten gegenüber Parteichef Oskar Lafontaine vorgeworfen. Bartsch nannte insbesondere den Vorwurf »absurd«, er habe Gerüchte über das Privatleben Lafontaines verbreitet. Bartschs Rücktritt gefordert zu haben, dementierten Bernd Riexinger (Baden-Württemberg) und Wolfgang Zimmermann (NRW) gegenüber ND am Mittwoch jedoch. Man wolle eine Wiederwahl Bartschs auf dem Parteitag im Mai verhindern, so Riexinger.

In einer kurzen Erklärung meldete sich am gleichen Tag auch Parteichef Lothar Bisky zu Wort. »Was ich da an Mutmaßungen und an Unterstellungen gegenüber unserem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch lese, geht so nicht.« Selbsterfleischend übereinander herzufallen, schade dem »Ansehen unserer Partei. Wir alle brauchen Oskar Lafontaine, aber auch Dietmar Bartsch, dessen Verdienste um die Entwicklung der Partei nicht ignoriert werden sollten.« Tagesthema Seite 2

Kurz

US-Drohnenangriffe

Islamabad (dpa). Bei zwei Angriffen von unbemannten US-Drohnen im Norden Pakistans sind am Mittwoch mindestens 15 Menschen getötet worden.

Ukraine in Nöten

Kiew (dpa). Der ukrainische Präsident Juschtschenko hat erneut Zahlungsprobleme bei russischem Gas eingeräumt. Das Staatsoberhaupt forderte die Zentralbank zum Kauf von Staatsanleihen auf.

Neue Gas-Pipeline

Aschgabat (AFP). Irans Präsident Ahmadinedschad hat in Turkmenistan eine neue Gas-Pipeline zwischen beiden Ländern eingeweiht.

Klosterrückgabe

Moskau (epd). Der russische Staat gibt in diesem Jahr das große Nowodewitschi-Kloster am Rande der Moskauer Innenstadt an die russisch-orthodoxe Kirche zurück. Dies ließ Premier Wladimir Putin beim Treffen mit Kirchenoberhaupt Patriarch Kyrill I. verlauten.

Haftbefehle erlassen

Warschau (epd). Nach dem Diebstahl der Tor-Inschrift »Arbeit macht frei« des früheren NS-Vernehmungslagers Auschwitz hat die polnische Justiz europäische Haftbefehle gegen zwei Männer in Schweden erlassen.

Zossener Straße nach Rosa Luxemburg benannt

Beschluss auf Vorschlag der LINKEN / In Wünsdorfer Lazarett war 1919 die Leiche obduziert worden

Von Andreas Fritsche

Nach 1989 sind in Ostdeutschland einige Rosa-Luxemburg-Straßen umbenannt worden. Im brandenburgischen Wünsdorf lief es jetzt – womöglich erstmals wieder – anders herum: Der Winkelweg und die Fichtestraße erhielten den Namen der Kommunistin.

Wie er das geschafft hat, kann Linksfraktionschef Carsten Preuß nicht so genau erklären. Er ist selbst »baff«, dass es geklappt hat. Die Stadtverordnetenversammlung von Zossen nahm bereits im Juni den Vorschlag der LINKEN an, im Ortsteil Wünsdorf-Waldstadt eine Straße nach der KPD-Gründerin Rosa Luxemburg zu benennen. Die Schilder sind nun zum Jahreswechsel angebracht worden, und damit pünktlich vor der traditionellen Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Sonntag auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

Geschlossen votierten die SPD und die LINKE für die Umbenennung, erinnert sich Preuß. Aber



Das alte Lazarett verbirgt sich hinter diesen Gehölzen. Foto: Linksfraktion

selbst aus den Reihen der CDU kamen Ja-Stimmen. Es habe eine große Mehrheit für das Vorhaben gegeben, eine Person der Zeitgeschichte zu würdigen – unabhängig von der politischen Meinung zu Rosa Luxemburg.

Die Leiche der Ermordeten war 1919 im Standortlazarett am Wünsdorfer Parkring obduziert worden. Den Anwohnern wollte man jetzt nicht zumuten, wegen

der Ummeldung zur Behörde zu laufen. Deshalb wählte man den Winkelweg und fügte die Fichtestraße hinzu, damit die neue Luxemburg-Straße etwa 700 Meter lang ist. Menschen leben an dieser Adresse nicht, und geeignet ist sie, weil sich die Zufahrt zum alten Lazarett am bisherigen Winkelweg befindet. Die LINKE möchte auch noch eine Stele und sammelt dafür Geld. In der DDR nutzten die so-

wjetischen Truppen das Lazarett. Sie sorgten für die Anbringung einer Gedenktafel für Luxemburg. Seit 1994 steht das Gebäude leer und verfällt. Die Gedenktafel ist verschwunden.

»Der in Wünsdorf gefertigte Obduktionsbericht geriet jüngst in die Kritik«, weiß Preuß. Michael Tsokos vom Rechtsmedizinischen Institut der Berliner Charité sei bei der Analyse auf Widersprüche gestoßen. Er vermutete, die Wasserleiche sei die falsche gewesen und die richtige liege im Keller des Berliner Medizinhistorischen Museums. An dieser Version zweifelt Klaus Gietinger, der Bücher über Luxemburg veröffentlicht. Eine Veranstaltung mit Gietinger am 13. Juni 2009 in Wünsdorf gab den Anstoß für die Straßenumbenennung, erzählt Preuß. Der Fraktionschef ist kein Historiker und möchte sich kein Urteil erlauben. »Ich bin auch nicht objektiv«, sagt er. Denn er hätte es schon gern, wenn die im Lazarett obduzierte Leiche die richtige war und es so eine Verbindung zu Wünsdorf gibt.